

**Schriftliche Kleine Anfrage
des Abgeordneten Thomas Kreuzmann (CDU)**

**Betr.: Wurde der Zuschlag für die Nachfolgesoftware für das IT-Altverfahren
PROSA inzwischen erteilt? II**

Die Drs. 21/9930 informiert darüber, dass die Firma PROSOZ Herten den Zuschlag für die PROSA-Nachfolge erhalten hat. PROSOZ ist Marktführer in diesem Bereich, allerdings steht das Unternehmen auch in Verdacht, Vetternwirtschaft und Korruption zu betreiben. Ursache für den Vorwurf ist der Umstand, dass PROSOZ freie Mitarbeiter in Behörden beschäftigt, die aus ihrem Berufsleben heraus Verbesserungsvorschläge bei der Nutzung von IT-Programmen geben, Informationen die das Unternehmen dann bei seinen Produkten berücksichtigt. Allerdings waren einige dieser freien Mitarbeiter zugleich auch in Entscheidungsgremien, die darüber entscheiden, welches IT-Unternehmen den Zuschlag erhält. Nun gilt es sicherzustellen, dass es bei der Vergabe in Hamburg keinerlei derartige Verquickungen gab.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

1. Ist dem Senat oder der zuständigen Behörde bekannt, ob PROSOZ auch in Hamburger Behörden freie Mitarbeiter beschäftigt? Wenn ja, wie viele in jeweils welcher Behörde und in welchen Bereichen?
2. Hat der Senat oder die zuständige Behörde anlässlich der Vergabe der PROSA-Nachfolge überprüft, ob Mitarbeiter der federführenden Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration und vor allem die Mitglieder des Gremiums, das entscheidet, welches Unternehmen den Zuschlag erhält, als freie Mitarbeiter für PROSOZ tätig sind? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht, obwohl der Vorwurf gegenüber PROSOZ öffentlich bekannt ist?